



Silberstreif am Horizont durch Entschuldungshilfen

Kommunalhaushalt 2012 und Sanierungsplan: LINKE wird sich Herausforderung stellen, aber keinen Sozialschweinereien zustimmen



von Hermann Dierkes
Vorsitzender der Ratsfraktion DIE
LINKE Duisburg

Der Landtag hat Ende 2011 mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP ein sogenanntes Stärkungspaktgesetz beschlossen, das helfen soll, die akute Finanzkrise vieler Kommunen in NRW zu überwinden. Das Gesetz hat positive wie negative Seiten, ist in den Kommunen und auch in der LINKEN umstritten. Die Landtagsfraktion hat dagegen gestimmt. Mit der Verabschiedung gehört Duisburg zu den 34 bereits überschuldeten Kommunen der ersten Stufe, die über 5 Jahre (ab 2011) besondere Landeshilfen erhalten, um ihren Haushalt auszugleichen. Danach werden 5 Jahre lang weitere Stabilisierungsmittel fließen, allerdings abschmelzend bis auf 0. Die Teilnahme ist gesetzlich verpflichtend. Alle weiteren NRW-Kommunen, die in den nächsten Jahren in die Überschuldung geraten, können in einer zweiten Stufe freiwillig am Entschuldungsprogramm teilnehmen. Die 34 Kommunen der ersten Stufe müssen nicht mehr, wie bisher vorgeschrieben, »nur« ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen, in dem sie darlegen, wie binnen drei Jahren ausgeglichen werden kann. Diese Vorschrift wurde und wird für zahlreiche Kommunen trotz aller Anstrengungen und trotz des Drucks der Kommunalaufsicht immer illusorischer.

Sanierungsplan

Jetzt wird im Gegenzug zu den Landeshilfen ein verbindlicher Sanierungsplan verlangt, der binnen 5 Jahren den Haushaltsausgleich erreicht. Dieser muss bis zum 30.6.2012 der Kommunalaufsicht vorgelegt werden. Für den Duisburger Haushalt wird für 2012 und die Folgejahre ein deutlicher Rückgang der Fehlbeträge durch die von SPD, Grünen und LINKEN beschlossene mittelfristige Finanzplanung 2010 und 2011 erwartet. Aber noch ist mit einem Minus von 198 Mio. € in 2012 zu rechnen. Dieses muss nun mit den Landeshilfen und durch eigene Anstrengungen (Kürzungen, Streichungen, höhere Einnahmen usw.) abgebaut werden, die



Eins der vielen »schwarzen Löcher« in Duisburg

über mehrere Schritte insgesamt 75 Mio. Euro erreichen sollen. Laut Planung der Verwaltung soll der Haushaltsausgleich auf diese Weise bis 2015/16 möglich sein. Ohne jeden Zweifel ein hartes Brot! Aber für den Haushalt zeigt sich erstmals seit Langem wieder ein deutlicher Silberstreif am Horizont. Die Eckdaten werden am 30.1.2012 in den Rat eingebracht, und zwar zusammen mit der Fortschreibung des Haushalts von 2011, der mit einigen Änderungen übernommen wurde. Der Sanierungsplan soll auf der Juni-Sitzung des Rates verabschiedet werden.

Landeshilfen und mehr GFG-Mittel

Die Landeshilfen für Duisburg betragen insgesamt rd. 418 Mio. €: Für 6 Jahre in Folge (2011-2016) jeweils 52,5 Mio. €, für die Jahre bis 2020 nur noch stabilisierende Hilfen, die schrittweise auf 0 abgeschmolzen werden. Die Hilfen werden u.a. auch bedeutende Zinsersparnisse bewirken. Diese können jedoch nur auf Annahmen beruhen, denn niemand kann garantieren, dass die Kommunalzinsen

so niedrig bleiben wie seit Jahren. Positiv für die künftige Haushaltsplanung wird sich auch die **Erhöhung der Gemeindefinanzierungsmittel des Landes (GFG-Mittel)** für besonders durch Arbeitslosigkeit und Sozialnot belastete Kommunen wie Duisburg auswirken. Außerdem die endlich seitens des Bundes beschlossene Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter (allein dieser Betrag liegt für Duisburg bei rd. 25 Mio. €). Positiv wird sich bei den Einnahmen selbstverständlich auch die von der Ratskooperation »Rot-Rot-Grün« 2010 bzw. 2011 durchgesetzte Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B-Erhöhung bemerkbar machen.

Druck auf Bund verstärken

Die LINKE wird sich der neuen Lage stellen. Unsere Grundregel bei der Zusammenstellung des »Eigenbeitrags«, zu dem uns das Land verpflichtet: Sinnvolles und vertretbares Sparen + sinnvolle/vertretbare Einnahmeverbesserungen, aber keine Sparschweinereien! Uns bleibt keine

Wahl: Wir müssen den Haushaltsausgleich für die nächsten Jahre erreichen (über eine Punktlandung reden wir nicht!), wir müssen die enorme Zinslast abbauen und die gigantischen Kassenkredite (also die zinstreibenden Überziehungskredite für die laufenden Ausgaben) von über 2 Mrd. Euro. Denn die Gefahren aus Zinssprüngen und einer Kreditverweigerung durch die Banken sind nicht von der Hand zu weisen. Kommt es zu einer neuen Wirtschaftskrise oder zum Zusammenbruch des Euro-Raums, dann waren alle Planspiele ohnehin für die Katz. Das Land hat immerhin einen wichtigen Schritt unternommen, auch wenn er umstritten bleibt. Andererseits ist der Hauptverantwortliche für die Finanzkrise der Kommunen der Bund. Er bürdet ihnen seit Jahrzehnten gesetzliche Pflichten ohne ausreichende Finanzierung auf. Diese Bundesregierung wird aller Voraussicht nach nicht die nächste sein. Erfolge im Kampf um eine durchgreifende Finanzreform, eine gerechte Steuerpolitik und ein striktes Konnexitätsprinzip bei den Bundesgesetzen (»Wer die Musik bestellt muss sie auch bezahlen«) werden wichtiger denn je.

Opferberatung muss erhalten bleiben

■ Der Spendenaufruf des Duisburger Kinderschutzbundes zeigt das ganze Ausmaß der katastrophalen Situation in Duisburg bei der Opferberatung sexuell missbrauchter Kinder und Jugendlicher. Seit längerer Zeit weisen Beratungsstellen auf die finanzielle und personelle Unterversorgung der Opfer- und Familienberatung hin. Für die Betroffenen und ihre Familien ist es unzumutbar, auf Beratungstermine wochenlang zu warten. Die Ratsfraktion der Linken ist der Meinung, dass es sich bei der Opferberatung um eine gesetzliche Pflichtaufgabe handelt und beantragt seit mehreren Jahren die Einrichtung von zwei Stellen zur Prävention gegen sexuellen Missbrauch.

Gebag: Personelle Konsequenzen

■ Die Krise der städtischen Gebag hat personelle Konsequenzen. Mit dem langjährigen Geschäftsführer D. Cremer wurde ein Aufhebungsvertrag geschlossen. Er erhielt dem Vernehmen nach eine geringere Abfindungssumme, als »üblich«. Regress wurde nicht ausgeschlossen. Frau Marianne Wolf-Kröger wehrt sich gegen ihre fristlose Kündigung. Außerdem soll sie sich weigern, ihren Dienstwagen abzugeben. Provisorische Unternehmensleitung und Aufsichtsrat sind derzeit mit Überlegungen befasst, wie die GEBAG gerettet werden kann. Dazu zählen Verhandlungen mit Gläubigerbanken und mit der Fam. Ströher, Hauptsponsor des verunglückten »Schuhkartons« am Innenhafen. Hoffentlich kommt bald eine kaufmännisch und technisch versierte neue Geschäftsführung. Politische Versorgungsfälle darf es nicht mehr geben.

»NSU« auch in Duisburg aktiv?

■ Die Thüringer Nazi-Bande unter dem Namen »NSU«, die 10 Jahre lang unbehelligt morden durfte, hat wahrscheinlich auch in Duisburg-Meiderich durch eine Selbstschuss-Anlage, die in einem PKW platziert wurde, einen türkischstämmigen Mitbürger schwer verletzt. Der Betroffene sah sich jahrelang einer Rufmord-Kampagne durch gewisse Medien ausgesetzt. Diese spekulierten lange Zeit, dass mafiöse Konkurrenten den Restaurant-Besitzer beseitigen wollten.

Zuwanderung aus Südost-Europa

Handlungskonzept muss schnellstens umgesetzt werden!



von Martina Ammann
Ratsfrau DIE LINKE.Duisburg

■ In seiner letzten Sitzung im zurückliegenden Jahr legte die Verwaltung der Stadt Duisburg dem Rat das Handlungskonzept zum Umgang mit Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa vor. DIE LINKE Ratsfraktion brachte gemeinsam mit SPD und Grünen einen Antrag ein, der die Stadtspitze auffordert, die Umsetzung der Projekte in Angriff zu nehmen. Das Konzept wurde nicht in Gänze beschlossen, sondern nach Anträgen mehrerer Fraktionen wird die Verwaltungsspitze aufgefordert, in den dringendsten Fragen sofort tätig zu werden.

Wie dem Antrag zu entnehmen ist, wird nun die Verwaltung gefordert, im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten sofort in den Stadtteilen mit Maßnahmen u.a. im Schul- und Bildungsbereich, bei der Sicherstellung von ärztlicher Versorgung und der Einrichtung von Beratungsangeboten zu beginnen. Die Beantragung von Fördermitteln von Land, Bund und Europäischer Union muss von der Stadtspitze schnellstens realisiert werden. Sowohl die Mittel aus dem Europäischen Sozialfond als auch die im Konzept vorgeschlagenen Zuschüsse durch Landes- und Bunde-

Gemeinsamer Antrag von SPD, Linken und Grünen in der Ratssitzung am 10.12.2011

1. Der Konzeptentwurf wird zur Kenntnis genommen, in den vorlaufenden Gremien zur Ratssitzung am 30.01.2012 erneut beraten und ggfls. um Beschlüsse der Ausschüsse ergänzt.
2. Der Rat fordert den OB auf, bereits vor Verabschiedung eines Handlungskonzepts unverzüglich alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um im Rahmen der gesetzlich verpflichtenden und hoheitlichen Aufgaben schwerpunktmäßig gegen menschenunwürdige Lebensverhältnisse von Zugewanderten aus Südost-Europa vorzugehen. Dies betrifft insbesondere Gesundheits- und Kindeswohlgefährdung, mangelnde Wahrnehmung/Durchsetzung der Schulpflicht, ausbeuterische und illegale Arbeitsverhältnisse, unzuträgliche und skandalöse Wohnverhältnisse sowie festgestellte Zwangs- und zu vermutende Kinderprostitution. Die entsprechenden Aktivitäten erfordern eine zentrale Steuerung seitens der Stadt, eine enge Zusammenarbeit städtischer Stellen untereinander sowie eine abgestimmte Zusammenarbeit mit Polizei und Zollbehörde. Soweit hierzu Einzelbeschlüsse erforderlich sind, wird dies schnellstmöglich vorbereitet und den Ausschüssen zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.
3. Für weitergehende Maßnahmen, die den Restriktionen des § 82 GO NRW unterliegen bzw. unterliegen könnten, werden sowohl durch Eigeninitiative als auch im Verbund mit dem Deutschen Städtetag und anderen betroffenen Städten Drittmittel der EU, des Bundes und/oder des Landes eingeworben, mit denen eine Finanzierung ermöglicht wird.

sintegrationsprojekte wie KOMM-In in NRW und des Bundesministeriums für Migration und Flüchtlinge müssen schnellstens zur Verfügung gestellt werden. Die Stadtspitze muss endlich handeln.

Deren derzeitige lasche Haltung wird weder den zugewanderten Menschen mit ihren massiven Problemen

noch den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen gerecht.

Die NRW-Landesregierung befasst sich nun endlich erstmals mit dem Thema und legt einen Bericht im Integrationsausschuss des Landtages vor. Sie ist gefordert, auch für die anderen NRW-Städte mit Zuwanderern aus Südosteuropa Mittel einzufordern.



Lesenswert: »Die Kommunalen«

LINKE im Land: 16 Geschichten aus Rathäusern und Gemeinden

LINKE machen in Rathäusern und Gemeinden Kommunalpolitik mit Leidenschaft und Verstand, beweisen Ausdauer und Mut, leisten Alltagsarbeit und wagen Höhenflüge.

LINKE haben Geschichten zu erzählen. Die Journalistin und Schriftstellerin Kathrin Gerlof hat sie ihnen entlockt und aufgeschrieben. Und LINKE sind selbstbewusst und kritisch, Rico Prauss hat sie fotografiert.

Herausgekommen sind lebendige Porträts von Menschen, die sich engagieren: Die Kommunalen. **Unter anderem vertreten ist auch Erkan Kocalar, Duisburger Bürgermeister mit Migrationshintergrund.**

Erschienen ist das Buch im vsa-verlag (www.vsa-verlag.de) ISBN 978-3-89965-495-0.

»Das vorliegende Buch soll Mut zur Nachahmung machen. Es beschreibt einfühlsam 16 Menschen, die aufrecht für ihre Überzeugung streiten, die Veränderung im Kleinen wie im Großen auf den Weg bringen. Sie haben den langen Atem, durchzuhalten und bei Niederlagen wieder aufzustehen, erneut anzutreten und nicht aufzugeben. Auch das ist Glück.«

(Gesine Löttsch, MdB DIE LINKE)

Gefahr oder Chance?

Streit um Factory Outlet in Hamborn

Hermann Dierkes

Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE

Herbert Fürmann

Vorsitzender Bezirksfraktion Hamborn

Charlotte Weyers

Sprecherin des Ortsverbands Hamborn der LINKEN

Der Aufschrei in der Hamborner Zinkhütten-Siedlung gegen das Vorhaben der Immeo, die Mieter umzusiedeln, weil 400 Wohnungen an den Factory Outlet-Investor verkauft werden sollen, haben erneut den Meinungsstreit um das FOC angeheizt, auch im Kreisverband der LINKEN. Das facettenreiche Thema sollte nicht »aus dem Bauch« diskutiert werden. Der drohende Verlust einer Wohnung ist ohne jeden Zweifel eine schwere Belastung. Wir können die Sorgen vieler Mieter nachvollziehen, die hier schon jahrzehntelang ihr Lebensumfeld haben. Wir setzen uns klipp und klar für faire Lösungen ein. Die Ratsmehrheit hat am 17.10.2011 entsprechend beschlossen. Immeo hat sich dazu bereit erklärt.

Kommunalpolitisch müssen wir Interessenabwägungen vornehmen, die Perspektiven und Alternativen deutlich machen. Duisburg ist überschuldet, von hoher Erwerbslosigkeit und Sozialnot gekennzeichnet. Wir brauchen dringend mehr Erwerbsarbeitsplätze, Gewerbesteuer-einnahmen und wirtschaftliche Belebung. Der Norden unserer Stadt hat es besonders nötig und es gibt Innenstadt-Lobbyisten im großflächigen Einzelhandel, denen dieser Teil unserer Stadt am Allerwertesten vorbeigeht. Der erfreulich boomende Brautmodenhandel in Marxloh und ein thematisches Einkaufszentrum wie das FOC



Hermann Dierkes

(v. a. Textilien, Schmuck) können aber zusammen die Mischung bringen, in der richtig Musik drin ist. Alternativen dazu sind leider nicht in Sicht.

Was soll mit der stillgelegten Rhein-Ruhr-Halle (einem energetischen und asbesthaltigen Fossil) und dem alten Stadtbad werden, wenn das FOC nicht kommt? Der Investor will sie umbauen und in das FOC einbeziehen. Die Stadt selbst hat für andere Lösungen kein Geld. Was wird mit dem verzögerten Neubau der Ersatzhalle am Rhein-Ruhr-Bad? Dafür werden die 6,5 Mio. Euro aus dem Verkauf städtischer Grundstücke an den Investor gebraucht. Eine Rats- und eine Bezirksfraktion, die in dieser Stadt politische Verantwortung tragen, können und dürfen sich nicht verhalten wie eine Ein-Punkt-Bürgerinitiative. Wohnrecht ist das eine. Das Recht auf Arbeitseinkommen und eine handlungsfähige Kommune das andere. Politik, die jeglichen Siedlungsbe-

stand und Straßenzug für tabu erklärt, um Industrie- oder Gewerbeansiedlungen zu verhindern, ist zum Scheitern verurteilt. Zu recht würde ihr Unfähigkeit vorgeworfen, Wirtschaftsentwicklung, Arbeit, Einkommen zu fördern. Duisburg ist eine schrumpfende Stadt, seit den 70er Jahren sind über 120.000 Einwohner verlorengegangen – vor allem wegen der katastrophalen Arbeitsplatzverluste. Es gibt zahlreiche Wohnungsleerstände. Seit vielen Jahren sind immer wieder ältere Häuser, Schrottimmobilien und ganze Wohnviertel um Industriebetriebe oder für Großvorhaben abgerissen worden – von Walsum über Marxloh, Beek bis in den Süden unserer Stadt. Es war und bleibt wichtig, für die Umsiedlungen die Eigner in die Pflicht zu nehmen, um angemessene Alternativen und Sozialpläne zu kämpfen. Das Großprojekt FOC ist seit fast 5 Jahren in Vorbereitung, wurde öffentlich diskutiert und in den Gremien behandelt. Der Investor hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass er mehr will als nur die beiden städtischen Grundstücke. Die Verhandlungen zwischen Immeo, Grillo und dem FOC-Investor mussten aber Rücksicht nehmen auf das europaweite Ausschreibungsverfahren und warten auf die Entscheidung des Rates am 17.10.2011. Am 26.09.2011 hatte er Fraktion und Kreisvorstandsvertreter das aktuelle Konzept zuletzt vorgestellt.

In wenigen Wochen steigt die Bürgerbeteiligung im Rahmen der Planfeststellung. Da kommen Pro und Kontra umfassend zur Sprache. Auch die Verkehrsproblematik, die für uns auch noch nicht zufriedenstellend gelöst ist. Von einem Durchpeitschen kann überhaupt keine Rede sein. Wir sind allerdings davon überzeugt: Scheitert das FOC, besteht die Gefahr, dass der Investor oder andere Investoren die Zelte woanders aufschlagen – mit all den bösen Folgen für den Duisburger Norden und die Gesamtstadt. So ist das im real existierenden Kapitalismus.

Barrierefreiheit und Mobilität

Zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Walsum am 1. März 2012 wurde seitens der Linken der Antrag gestellt, die Verwaltung damit zu beauftragen, Bordsteinabsenkungen an folgenden Stellen vorzunehmen: an der Dr.- Hans-Boeckler Straße im Bereich der Hausnummern 279 bis 319 sowie an der Wehofer Straße von der Einmündung Dinslaker Straße bis zum Eickelkamp. Damit soll gewährleistet werden, dass für Menschen mit eingeschränkter Mobilität eine problemlose Überquerung der entsprechenden Straßen möglich wird.

Big Brother im Bundestag

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, hat am 23.01.12 in einem Schreiben an den Bundespräsidenten, den Bundestagspräsidenten und die Bundeskanzlerin gefordert, die Überwachung der 27 Mitglieder der LINKEN im Deutschen Bundestag unverzüglich und vollständig einstellen zu lassen. »Der Bundestag hat unter anderem die Funktion, die Tätigkeit der Geheimdienste in Deutschland zu kontrollieren. Die Tatsache, dass ein Geheimdienst meint, selbst Abgeordnete überwachen zu dürfen, ist nicht hinnehmbar(...) DIE LINKE ist eine demokratische Partei, die regelmäßig für die Einhaltung des Grundgesetzes innerhalb und außerhalb des Bundestages streitet.«

Sozialticket ein »Ladenhüter«?

Drei Monate nach Einführung des so genannten Sozialtickets des VRR haben erst 5 % der Berechtigten (Empfänger von ALG II, Sozialhilfe oder Wohngeld) einen solchen Fahrschein für 29,90 € erworben. Durch die Tagespresse geistert bereits das Wort vom »Ladenhüter«. Schon auf der Ratssitzung im September 2011 hatte Thomas Keuer, Ratsherr der Linksfraktion, sich geweigert, das 30 €-Ticket überhaupt »Sozialticket« zu nennen, zu teuer sei es für die Bedürftigen. Er hatte einen Preis von maximal 15 € im Sinn. Letzten Endes schafft der VRR es offensichtlich doch noch, durch die Hintertür des Preises das ungeliebte Projekt »Sozialticket« mangels Nachfrage am Ende der einjährigen Testphase wieder einstellen zu können.

Botanischer Garten Hamborn: Teilerfolg durch Bürgerbewegung und Verhandlungen

Der Versuch der Verwaltung, die Gewächshäuser des Botanischen Gartens in Hamborn komplett aufzugeben, konnte nach massiven Protesten aus der Bürgerschaft und zahlreichen Gesprächen zwischen Politik, Bürgervertretern und Verantwortlichen abgewendet werden. Am 12.12.11 beschloss der Rat eine Konzeptvariante, nach der das Subtropenhaus, die Einrichtungen der Gesellschaft für Aquarienkunde und die Überwinterungshalle für die Fuchsienausstellung erhalten bleiben. Sie werden renoviert und energetisch in Stand gesetzt. Das Tropen-, Kakteen- und Aufzuchtshaus werden abgerissen. Die Konstruktion des Tropenhauses soll als Landmarke stehen bleiben. Der Garten insgesamt wird mit 1-2 Themenbereichen erhalten bleiben, die arbeitsintensiven Blumenbeete reduziert. Die Fläche Richtung A59/IKEA wird integriert und mit einem neuen Eingang an der Beecker Strasse versehen. Für die Arbeiten werden 1 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt. Bestandteil der Beschlusslage ist die weitere Beteiligung des Fördervereins, der BI und der Aquarianer. *Charlotte Weyers*



Duisburger Hafen AG muss komplett in öffentlicher Hand bleiben!

Bund betreibt Privatisierung seines Drittelanteils

von Hermann Dierkes
und Dietrich Kunze

■ DIE LINKE ist gegen die angestrebte Privatisierung des Bundesdrittels bei der Duisburger Hafen AG (Hafag/DuisPort-Gruppe). Unsere Fraktionen in Bund, Land und Kommune setzen sich dafür ein, dass die Hafen AG komplett in öffentlicher Hand bleibt. Ver.di und Arbeitnehmerseite sehen das ebenfalls so. Nur das bietet die Gewähr, dass die Logistikbranche die Hafag-Einrichtungen diskriminierungsfrei nutzen können. Eine Veräußerung an einzelne oder mehrere private Logistikunternehmen würde diesen einseitige Wettbewerbsvorteile verschaffen. In einer kritischen Situation könnte die Hafag von Logistikleistungen beschnitten oder ausgeschlossen werden. Und schon gar nicht wollen wir, dass dieses wichtige Infrastrukturunternehmen an eine Finanz-Heuschrecke fällt, die nur Höchstrenditen wollen und ggf. den Kaufpreis noch als Kredit in die Hafag stecken.

Vor allem seit Beginn der 90er Jahre sind mit der Hafag wichtige Infrastrukturleistungen von regional- und gesamtwirtschaftlicher Bedeutung erbracht worden, die kein privates Unternehmen hätte erbringen können

»Während die privaten Häfen hauptsächlich Güter für die eigenen Werke umschlagen, ist der Umschlag in den öffentlichen Häfen vielfältiger und somit Grundlage für eine größere Wertschöpfungskette. Dieses kann im Gegensatz zu den in erster Linie gewinnorientierten Ansätzen der privaten Häfen nur durch zukunftsorientierte, umfangreiche und ganzheitliche Investitionsmaßnahmen des Staates weiter vorangetrieben werden.«

Stellungnahme der Gewerkschaft Verdi, Landesbezirk NRW

und wollen: zum Beispiel die aufwändige Sanierung der Flächen für die Hafag-Projekte Logport Rheinhausen (ehemals Krupp-Hütte) und Logport II in Wanheim (zuletzt Metallrecycling). Nach unserer Schätzung dürften seitdem mindestens rd. 250 Mio. Euro an öffentlichen Geldern in Sanierung und Unternehmensaufbau geflossen sein. Diese Investitionen haben Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen und gesichert. Ihr nachhaltiger Einfluss auf das regionale Wirtschaftsleben ist unbestreitbar.

Die vorausgesagten Zuwächse im Güterverkehr und die Notwendigkeit, Verkehre umweltverträglicher zu machen, erfordern politische Gestal-



Horst-Werner-Rock

tung. Dabei können die öffentlichen Häfen der Rheinschiene und eine verbesserte Kooperation mit den niederländischen und belgischen Seehäfen eine wichtige Rolle spielen. Wachsen-

der Hafag und auf vertraglich ausgehandelter Grundlage würde Zukunftsoptionen und Einfluss sichern.

Durch ihre Zweckbestimmung und stärkere gesamtgesellschaftliche Sichtweise sind öffentliche Häfen wesentlich für den Erhalt und Ausbau effizienter Infrastruktur. Deshalb sagt die LINKE zusammen mit der zuständigen Gewerkschaft Ver.di: »Öffentlich vor Privat«. Nur so kann der Anteil der umweltfreundlicheren Verkehrsträger wie Schiff und Bahn nachhaltig gesteigert werden. Andere Überlegungen und Rücksichtnahmen spielen bei diesen eindeutig eine untergeordnete Rolle. Mit einem Rückzug des Bundes als politisch einflussreichster Akteur und wichtiger Finanzier aus der Hafag besteht außerdem die Gefahr, dass der Abschluss der Betuwe-Linie und die Wiederherstellung der Bahnverbindung nach Antwerpen (»Eiserner Rhein«) weiter auf sich warten lassen oder ganz beendet werden.

Die wesentlichen Gründe der Bundesregierung für ihre Absicht, sich von ihrem Drittelanteil zu trennen, sind nicht nachvollziehbar. Die öffentlichen Anteilseigner Bund, Land und Kommune können auf langfristig gesicherte Dividenden bauen, die angesichts der Entwicklungen im Logistikbereich sogar noch steigerungsfähig sind. Für eine überschuldete Stadt wie Duisburg ist die im örtlichen Haushalt eingeplante Dividende unverzichtbar. Durch die sture und verantwortungslose Verweigerungshaltung des Bundes bei der notwendigen Satzungsänderung bei der Hafag werden unserer Stadt wich-

tige Haushaltsmittel in Millionenhöhe vorenthalten. Wenn der Bund partout nicht mehr will, sollte auch ernsthaft geprüft werden, ob nicht das Land das Bundesdrittel übernehmen kann. Zur

»Die LINKE sagt Nein zur Privatisierung der Bundesanteile am Duisburger Hafen. Die Bundesregierung muss sich auch nach der für CDU und FDP verlorenen Landtagswahl ihrer Verantwortung für die Verkehrsinfrastruktur im bevölkerungsreichsten Bundesland stellen, sie muss ihre skandalöse Erpressungspolitik gegenüber dem Land NRW und der Stadt Duisburg beenden.«

Aus der Rede von Ulla Lötzer, MdB DIE LINKE, im Bundestag

Gemeinwohlorientierung der Hafag gehört es auch, dass sie endlich in den Arbeitgeberverband zurückkehrt und sich zum Wiedereintritt in die Flächentarifbindung entschließt.